

Zur Geschichtsdiskussion

Letzte Fassung nach Diskussion in parteiöffentlicher Sitzung der Geschichtskommission am 12.5.94 in Leverkusen.

Der 12. Parteitag empfahl der Partei vier Anträge der Geschichtskommission als Arbeitsmaterial zur weiteren Diskussion. Verbunden mit der Empfehlung, die Anträge auf dem nächsten Parteitag, entsprechend dem Verlauf der Diskussion, entweder erneut zu stellen, zu verändern oder zurückzuziehen. Der Grund dafür war das Wissen darum, daß es über die in diesen Anträgen aufgeworfenen Fragen in der Partei noch keine übereinstimmende Meinung gibt und deshalb harte Diskussionen und knappe Mehrheiten wahrscheinlich gewesen wären. Dies aber hätte in der ohnehin angespannten Situation der ersten zwei Tage des 12. Parteitags der Partei nicht genützt.

Die Geschichtskommission stellt sich der hieraus erwachsenden Aufgabe. Sie erarbeitete den nachfolgenden Einführungstext für die Diskussion und veröffentlicht ihn zusammen mit den vier Anträgen. Sie stellt auf Anforderung Referenten für Grundorganisationen und Kreise, um dort an der Diskussion teilzunehmen. Um zu hören und aufzunehmen, was die Parteibasis zu der aufgeworfenen Problematik denkt und sagt.

Wir sind nicht interessiert an Kampfabstimmungen des nächsten Parteitags, die mit knappen Mehrheiten die Partei eher spalten als auf tragfähiger Grundlage zusammenführen. Aber wir sind interessiert an einem gründlichen und fairen Diskussionsprozess, der ehrlich und offen die unserer Meinung nach notwendigen Lehren aus der Geschichte zieht.

♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦ ♦

Viele Genossinnen und Genossen fragen, haben wir für eine solche Diskussion Zeit und Kraft, muss sie sein, lenkt sie uns nicht ab von der so notwendigen politischen Tagesarbeit?

Natürlich kostet diese Diskussion Zeit, Kraft und Nerven, die wir für das Eingreifen in die aktuelle Politik brauchen. Aber die Thematik ist zu wichtig, als daß wir sie mit dieser Begründung von uns wegschieben könnten. Kommunisten müssen wissen, was sie falsch gemacht haben, um es in Zukunft besser zu machen. Wenn wir uns weigern aus unserer eigenen Geschichte zu lernen, ist es wahrscheinlich, daß wir bei einem neuen Anlauf zum Sozialismus Fehler wiederholen, wenn auch unter neuen Bedingungen. Und unbestreitbar ist die Haltung zu unseren Fehlern auch entscheidend darüber, in welchem Ausmaß wir glaubwürdig sind.

Es ist richtig, eine solche Diskussion darf nicht dazu führen, daß wir uns auseinanderstreiten. Aber ist nicht unsere Lernfähigkeit, sowohl aus unserer Vergangenheit als zu den Fragen von heute Voraussetzung für eine wirksame und richtige kommunistische Politik? Und ist es nicht Zeit zu lernen uns im gutem Sinne zu streiten, ohne persönliche Feindschaften, sondern so, daß jeder vom anderen weiß, wir setzen uns fair im Interesse der Sache auseinander, alle am Streit Beteiligten wollen die Partei voranbringen.

Mancher fragt, was bringt es, in unseren Fehlern herumzurühren? Liefern wir den Klassengegner nicht nur Munition gegen uns, reihen wir uns nicht selbst ein bei

denen, die uns mit antikommunistischen Argumenten und Verleumdungen schaden?

Ein solcher Gedanke ist verständlich, aber er greift zu kurz. Schließlich stammt von Lenin der Hinweis, daß das Verhalten einer kommunistischen Partei zu ihren Fehlern etwas aussagt über ihre Ernsthaftigkeit und Lernfähigkeit, daß man die Aufdeckung und Überwindung eigener Fehler nicht unterlassen darf, weil der Gegner dies ausnutzen könne. Marx forderte offene Selbstkritik ausgehend von den materialistischen Grundpositionen der Bewegung. Und betrachteten wir nicht Kritik und Selbstkritik als Entwicklungsgesetz einer kommunistischen Partei? Der reale Sozialismus in Europa scheiterte auch deswegen, weil diese unbequemen Hinweise unserer Klassiker nicht befolgt wurden.

Oft hören wir in der Diskussion, es sei geschichtlich gesehen noch zu früh, um solch weitgehende Aussagen zu treffen wie in unseren Anträgen. Dazu bedürfe es weiterer wissenschaftlicher Forschung. Zu Frühes könne leicht auch Falsches sein.

Natürlich muss weiter geforscht werden. Und doch meinen wir, daß die Defizite, die wir in bezug auf Demokratie in den kommunistischen Parteien an der Macht und in den sozialistischen Gesellschaften anmahnen, inzwischen wissenschaftlich nachgewiesen sind. Unbestreitbar ist, daß sie sich auswirkten auf die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, und damit auch auf uns. Diese Tatsachen anzuerkennen ist notwendig und engt weitere Forschung nicht ein.

Ausserdem: Jede Aussage ergibt sich aus dem Kenntnisstand des Zeitpunktes, an dem diese Feststellung getroffen wird, ist relativ und möglicherweise in Zukunft veränderungsbedürftig. Jetzt auf eine solche Aussage zu verzichten, weil es noch zu früh sei, bedeutet wichtige Erkenntnisse immer weiter hinauszuschieben und ihr Festschreiben zu verhindern.

Wenn man die Anträge für sich genommen liest, erscheinen sie zu absolut, so, als ob die Geschichte des Sozialismus nur eine Kette von Fehlern gewesen sei. Dieser Eindruck ist falsch. Die Anträge sind gedacht als Einfügungen in die "Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP", die vom 12. Parteitag beschlossen wurden. Die Erfolge des Sozialismus, was er trotz aller Fehler für die Menschen erreichte und wie er die kapitalistische Welt veränderte, das ist in den Thesen enthalten. Wir bitten also darum, die Texte im Zusammenhang der Thesen zu lesen und zu werten. Die Anträge beinhalten durchweg Probleme der kommunistischen Parteien an der Macht. Manch einer mag denken, "das ist nicht unser Bier. Wir haben diese Fehler nicht gemacht und nicht zu verantworten."

Richtig ist, die DKP besaß nie politische Macht. Aber dürfen wir aus diesem Grund sagen, uns betreffe diese ganze Problematik nicht, wir müssen dazu nicht so grundsätzlich Stellung nehmen, wie dies in den Anträgen geschieht?

Wie wir davon betroffen waren liegt auf der Hand. Durch Parteistrukturen und politische Aussagen, die, aus den sozialistischen Ländern auf uns übertragen, auch uns mitgeformt haben (unser Verständnis von demokratischen Zentralismus, Körperschaftsdisziplin, das Selbstverständnis der Partei als einer "Armee" im Klassenkampf, bedingungslose und kritiklose Verteidigung aller Entscheidungen in den sozialistischen Ländern und anderes mehr). Und haben wir nicht im Umgang mit Genossinnen und Genossen in KPD und DKP ähnliche Fehler gemacht? Erinnert sei nur, stellvertretend für alle Betroffenen, an Genossen Sperling, an vielfältigen Funktionsentzug wegen Westemigration und an manche Ausschlüsse in den 80er Jahren.

Der Sozialismus zerbrach auch am äußeren Druck des kapitalistischen Systems. Heißer Krieg, kalter Krieg, totrüsten, Wirtschaftssembargo, verlogener Medienkrieg und vieles andere. Doch es bleibt die Frage, warum erwiesen sich die äußeren Einwirkungen als so wirksam, daß der Sozialismus daran zerbrach? Doch wohl deshalb, weil die innere Situation nicht stabil genug war. Weil die Menschen zum Schluss auf Grund ihrer eigenen Lebenserfahrungen nicht mehr vom bestehenden Sozialismus überzeugt waren, nicht bereit waren, ihn zu verteidigen. Nur deshalb konnte das sozialistische Weltsystem in kürzester Zeit durch äußeren und inneren Druck zerbrechen.

Wir meinen, im Rückstand der Demokratie liegt ein wesentlicher innerer Grund für diese Haltung der Menschen, für das Scheitern des Sozialismus, dafür, daß er seine Ökonomie und sein politisches System nur ungenügend entwickeln konnte und die Unterstützung des überwiegenden Teils der Arbeiterklasse verlor.

Wegen dieser Entstellung marxistischer Gestaltungsprinzipien erwies sich der Sozialismus gerade dann als reformunfähig, als unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des internationalen Klassenkampfes das Gelingen von Reformen überlebensnotwendig wurde. Der Sozialismus verlor die Fähigkeit, sich selbst zu korrigieren. Uns muss es doch zu denken geben, daß alle wichtigen Reformansätze in allen sozialistischen Ländern Europas entweder nicht zu Ende geführt wurden oder ihre Ziele nicht erreichten und somit letztlich scheiterten. Wir glauben, wesentliche Ursachen hierfür in unseren Anträgen benannt zu haben.

Mehremale wird in den Anträgen das Wort "Stalinismus" gebraucht. Hierzu gehen die Meinungen in der Partei weit auseinander. Für die einen ist Stalinismus ausschliesslich ein Kampfbegriff des Klassengegners zur antikommunistischen Verleumdungspropaganda.

Andere wiederum setzen die ganze Entwicklung des Sozialismus mit Stalinismus gleich, wieder andere können sich sozialistische Entwicklungen unter den Bedingungen weltweiter kapitalistischer Überlegenheit nur mit eingeschränkter Demokratie vorstellen. Sie verurteilen die begangenen Verbrechen, nicht aber die gesellschaftsprägenden Strukturen. Manche lehnen den Begriff Stalinismus ab, weil ihnen das Wort zu sehr auf die Person Stalins bezogen ist. Warum also gebrauchen wir in unseren Anträgen trotzdem diesen Begriff?

Der reale Sozialismus scheiterte nach großen Erfolgen: Der Sieg über die Interventionsarmeen aus 14 kapitali-

stischen Ländern, die Alphabetisierung der Bevölkerung, die Industrialisierung Sowjetrusslands, die Niederwerfung des Faschismus, die Herausbildung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Der Sozialismus schuf innerhalb seiner Grenzen soziale Sicherheit, gleiche Bildungschancen, vorbildliche Gesundheitssysteme, einen neuen Umgang der Menschen miteinander. Seine Existenz ermöglichte den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems, nationale Befreiungsrevolutionen und legte dem Imperialismus Zügel an. Und wenn wir heute in der Bundesrepublik soziale und demokratische Errungenschaften zu verteidigen haben, so ist auch dies mit ein Ergebnis der Oktoberrevolution und des realen Sozialismus. All das beweist, die Oktoberrevolution und die sozialistische Option waren richtig und haben die Welt verändert. Das Volk in der Sowjetunion hat Großes geleistet. Noch Größeres wäre möglich gewesen, hätte das Volk im Verlauf der Entwicklung immer mehr bestimmt und Macht ausgeübt.

Nach und trotz dieser Erfolge scheiterte der Sozialismus, weil eine Summe von Fehlentwicklungen in Politik, Wirtschaft und Theorie, die ein ganzes System bilden, in die Sackgasse führte. Der Sozialismus in Europa zerbrach nicht deshalb, weil der wissenschaftliche Sozialismus sich als falsch erwiesen hätte, sondern im Ergebnis seiner Deformierung und Mißachtung. Dieser Ausgang hätte vermieden werden können bei rechtzeitiger Korrektur, die Entwicklung war lange offen.

Beschränkungen der Demokratie, auch der Gegenterror als Antwort auf den Terror der Konterrevolution waren in zugespitzten Situationen des Klassenkampfes unvermeidlich. Sie hätten jedoch möglichst schnell überwunden werden müssen. Statt dessen wurden sie theoretisch begründet und als angebliche Bestandteile sozialistischer Demokratie verfestigt. Das musste notwendigerweise zur dauerhaften Deformierung des Sozialismus führen.

Ob der Begriff Stalinismus die Gesamtheit dieser Fehlentwicklungen abdeckt, muß die weitere Diskussion ergeben. Wir verwenden ihn, wissend um den vom Gegner mit diesem Begriff getriebenen Mißbrauch, weil uns kein anderer Begriff bekannt ist, um diese Entstellung kommunistischer Theorie und Praxis mit einem Wort zu benennen. Und weil die Deformation begann, als Stalin die kollektive Führung durch seinen Unfehlbarkeitsanspruch ersetzte.

Stalinismus bleibt so ein Hilfsbegriff, für den es zur Zeit keinen besseren gibt. Er engt stalinistische Strukturen nicht auf die Lebenszeit Stalins und die terroristischen Aspekte ein, er verbindet sie nicht untrennbar mit der Person Stalins.

Für uns gehören zu diesem Stalinismusbegriff vorrangig folgende Faktoren:

- ein reduziertes Sozialismusverständnis, das in der Schaffung neuer Machtverhältnisse, staatlichem Eigentum und zentraler Planung bereits die Verwirklichung des Ziels sieht und wesentliche weitergehende Sozialismusinhalte aus den Augen verliert, vor allem dessen humanistische und ethische Grundlagen, das abgeht von der dialektischen Sicht des "Aufhebens" der Errungenschaften der alten Gesellschaftsordnung in der neuen;

- ein Begriff von politischer Macht, der vorrangig auf die Apparate des Staates, der Partei und auf die Unterdrückung nicht genehmer Meinungen setzt statt auf geistige Auseinandersetzung und Überzeugung der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen. So konnte es geschehen, daß im Extremfall auch offener Terror selbst gegen die eigene Klassenbasis und engste Mitkämpfer gerichtet und akzeptiert wurde;
- ein Verständnis von sozialistischem Eigentum, das seine entwickeltste Form im Staatseigentum findet, das zentral-bürokratisch geleitet keineswegs der Aufhebung der Entfremdung, sondern ihrer Erhaltung dient;
- eine bürokratische Planung, die in der Regel Ansätze zum Mitdenken und Mitgestalten erstickt und die Entfaltung der wichtigsten Produktivkraft, des Menschen, behindert;
- das Wahrheitsmonopol einer oligarchisch strukturierten, sich immer mehr von Kritik abschirmenden und von den Massen isolierenden Führungsmannschaft, die jede Alternativdiskussion blockiert;
- ein Theorieverständnis, das auf dogmatisch eingegengten Teilaussagen des Marxismus beruht und diese zur Legitimierung jedweder politischen Wendung mißbraucht;
- ein Geschichtsverständnis, das sich der kritischen Überprüfung der Theorie an Hand der Praxis entzieht, das Fehlerdiskussionen als überflüssig betrachtet, weil Fehler im "Vorwärtsschreiten" überwunden werden, das in falsch verstandener Parteilichkeit kritische Seiten der Geschichte ausblendet, Personen und Gruppen ausgrenzt, statt ihr Wirken sachlich zu bewerten;
- ein Parteiverständnis, in dem die Einheit des Wollens und Handelns nicht auf dem offenen Ausdiskutieren auch alternativer Vorstellungen beruht, sondern auf Körperschaftsdisziplin und bedingungsloser Unterordnung;
- eine zentral bestimmte Personalpolitik in Partei und Staat, bei der Funktionsbesetzungen vom Wohlwollen der Führung und der Bereitschaft zum Unterordnen abhängen, was nicht Kritikfähigkeit, sondern Duckmäusertum fördert;
- ein Verständnis von internationaler Solidarität, das nicht auf kameradschaftlicher Diskussion gemeinsamer oder unterschiedlicher Meinungen beruht, sondern auf bedingungsloses akzeptieren auch falscher Politik einer Bruderpartei.

So gesehen kann Stalinismus nicht begrenzt werden auf die unfassbaren Verbrechen von 1934 - 1953, in deren Verurteilung wir uns alle einig sind. Er ist mehr und besteht aus Strukturen in Partei und Gesellschaft und aus Denk- und Handlungsweisen, die sich aus diesen Strukturen ergeben und im Extremfall bis zum Verbrechen führen. Diese Verbrechen haben die kommunistischen Parteien belastet und verändert, aber deshalb waren sie keine Verbrecherparteien. Sie haben für den Fortschritt der Menschheit große Opfer gebracht. Der Kampf der deutschen Kommunisten gegen den Faschismus wird unvergessen bleiben.

So gesehen ist Stalinismus auch keinesfalls identisch mit Sozialismus, sondern ein Abgehen von wichtigen sozialistischen Prinzipien, eine Deformation des Sozialismus und der kommunistischen Parteien, die er beide entscheidend schwächte und reformunfähig machte.

So gesehen ist Stalinismus nicht eine an die Person Stalins gebundene, zeitlich längst vergangene Angelegenheit. Der 20. Parteitag der KPdSU brach 1956 nur mit den Verbrechen, dem Terror, aber nicht mit Strukturen und Verhaltenweisen, die zum Verbrechen führten. Das wirkte sich bis in die Schlussphase des Sozialismus aus. Die Überwindung nachstalinistischer Denkweisen und Parteistrukturen verlangt die kritische Überprüfung unseres eigenen Denkens und Handelns. Dabei geht es darum, wie heute eine kommunistische Partei aussehen muss, die den revolutionären Kampf führt und mit der Arbeiterklasse und allen dazu bereiten Bündnispartnern eine neue Gesellschaft aufbauen will.

Immer wieder hören wir in der Diskussion die Ansicht, mit dem 20. Parteitag der KPdSU und dem damit verbundenen Bruch in der kommunistischen Politik habe der Niedergang der kommunistischen Weltbewegung begonnen. Wir halten dies für falsch. Unsere Kritik am 20. Parteitag ist entgegengesetzt. Wir kritisieren seine Inkonsequenz, seine begrenzte Sicht auf die Ursachen der Verbrechen, die allein in der Person Stalins, seiner Helfer und im Personenkult um ihn gesehen wurden. Die Strukturen der Partei, ihr Wahrheitsmonopol, ihr Alleinvertretungsanspruch und die unkontrollierte Macht der Führung über die Gesellschaft wurden nicht hinterfragt. Unverändert beherrschte die Spitze der Führung den Apparat, der Apparat seinerseits die Partei und diese die sozialistische Gesellschaft.

Dies alles war so, trotzdem wir bei Marx wichtige Hinweise für andere Sozialismusvorstellungen finden, z.B. die Abwählbarkeit von Abgeordneten und Parteipolitikern, Durchschnittsgehälter und keine Privilegien für alle Staatsbedienstete, an den Wählerwillen gebundene Mandate und anderes mehr.

Selbstkritisch müssen wir uns auch fragen, was haben wir, die DKP, nach unserer Neukonstituierung aus dem 20. Parteitag der KPdSU gemacht? Versäumten wir nicht, dieses Thema aufzuarbeiten? Wir verweisen auf unseren lange Zeit zögerlichen Umgang mit Rehabilitierungen von ungerecht behandelten Genossinnen und Genossen. Die Ursachen für diese Entstellungen sozialistischer Demokratie und Grundwerte in der Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die kommunistische Weltbewegung lagen nur zum Teil in der Person Stalins. Objektive Umstände trugen dazu bei, die Möglichkeit der Entwicklung solcher Deformationen zu vergrößern. Gleichwohl waren sie nicht unvermeidlich und die Entwicklung nicht zwangsläufig.

Diese objektiven Umstände bestanden im ungenügenden Entwicklungsstand des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie im vorrevolutionären Russland, in der insgesamt äußerst rückständigen kulturellen Entwicklung des Landes zum Zeitpunkt der Revolution (Analphabetentum und Macht der Kirche), in der Todfeindschaft der kapitalistischen Umwelt, die Sowjetrußland ständig militärisch bedrohte und zweimal zum Kampf auf Leben und Tod zwang, Interventionskrieg von

14 Staaten 1918/19 und faschistischer Überfall im zweiten Weltkrieg. Hinzu kommen kalter Krieg, roll back- und Embargopolitik nach dem 2. Weltkrieg sowie eine bürgerlichen Ideologie, die mit allem Mitteln den Sozialismus bekämpfte.

Der Sozialismus in Europa konnte sich von seinem Entstehen bis zu seinem Untergang niemals allein aus seinen eigenen Bedingungen heraus entwickeln. Stets hat ihn die von außen kommende kapitalistische Todfeindschaft gehemmt und verformt. Das hat wesentlich zu seiner stalinistischen Entstellung beigetragen. Zum Denken im vereinfachten Freund / Feind Gegensatz, zur Einteilung in Gute und Schlechte, in wirkliche Genossen und Agenten.

Wenn wir die Geschichte unserer eigenen Partei betrachten wird deutlich, daß es bei uns für undemokratische Strukturen und Denkweisen zusätzliche Gründe gab, die im Umgang des Klassengegners mit uns lagen. Sein Verhalten lässt sich kennzeichnen mit dem Satz "Nur ein toter Kommunist ist ein guter Kommunist". Morde in der Weimarer Republik (Rosa und Karl), eine auf dem rechten Auge blinde Justiz, die die Linke mit unerbittlichem Hass verfolgte, Faschismus, KZ und Massenterror. Nach dem zweiten Weltkrieg Parteiverbot, Berufsverbote, tausende von Prozessen und Millionen von Bespitzelungen. Parteiarbeit unter illegalen Bedingungen beschränkte notwendigerweise Demokratie in der Partei. Das alles hat uns geformt und verformt.

Hinzu kommt eine nationale und internationale Klassenkampfsituation, in der jede öffentliche Kritik an der Sowjetunion, SED oder auch an der eigenen Partei zur Folge hatte, daß die Kritikerin oder der Kritiker vom Klassengegner als Kronzeuge gegen die kommunistische Bewegung vereinnahmt und mißbraucht wurde. Was umgekehrt zu Ausschlüssen und Agentenhysterie führte. Kritik an der Sowjetunion bedeutete Bruch mit der Partei. Manche Begrenzung innerparteilicher Demokratie bis 1989, Überforderungen des Apparats, nicht offener Umgang mit den Mitgliedern und Unfähigkeit zum produktiven Austragen unterschiedlicher Positionen haben hier ihre Ursache. Was die Auswirkungen solch verschärfter Kampfbedingungen sind und was von stalinistischen Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen herrührt, lässt sich kaum auseinanderhalten.

Wir tun uns mit der Aufarbeitung dieser Seiten unserer Geschichte schwer. Auch deshalb, weil für uns das Kommunistsein ein wichtiger Teil unseres Lebens war und ist, weil wir mit Herz und Verstand unserer Partei verbunden sind. Das ist gut so und soll so bleiben.

Aber wir müssen erkennen, auch wenn dies schwer fällt, daß die Nachwirkungen stalinistischer Denk- und Verhaltensweisen bei fast jedem von uns mit seinem Leben, seinem Kampf und seiner persönlichen Identität einhergehen. Deshalb erscheint uns oft die Diskussion über Stalinismus als Infragestellung unseres kommunistischen Lebens und wir sind versucht diese Kritik als unzutreffend zurückzuweisen. Schließlich haben wir

ehrlieh und selbstlos für unsere kommunistischen Ziele gekämpft, die für uns auch heute noch erstrebenswert bleiben.

Wir haben den Begriff Stalinismus dem Kapital zum Mißbrauch gegen die Linke überlassen. Aber es gibt zum Stalinismus, wie zu vielen anderen Fakten und Begriffen, eine Sicht der Bourgeoisie und eine Sicht der Arbeiterbewegung und der Kommunisten. Wir sollten uns durchringen zu der Grundeinstellung, daß die beschriebenen undemokratischen Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen mit unseren kommunistischen Idealen unvereinbar sind und wir uns bewusst von ihnen trennen. Nicht, weil uns der Klassengegner mit seiner Verleumdungskampagne dazu zwingt, sondern weil wir aus unserer kommunistischen Überzeugung heraus zu dieser Konsequenz gelangen.

Soviel dazu, was wir unter Stalinismus verstehen. Aus heutiger Sicht halten wir es für falsch, diesen Begriff nicht zu gebrauchen, nicht zu definieren und ihn damit dem Klassengegner als Keule gegen uns zu überlassen.

Das Zerschlagen des Sozialismus in Europa hat uns tief getroffen. Vieles haben wir verloren. Freundinnen und Freunde, Solidarität, Hilfe, die weltweit stärkste Kraft für Frieden und eine gerechte Welt.

Wir verloren all dies auch deshalb, weil wir den Sozialismus nicht richtig verteidigten. Zu seiner Verteidigung hätte gehört, ihm bei der Überwindung seiner Deformationen zu helfen. Diese Hilfe aber wäre nur zu leisten gewesen durch interne und öffentliche Kritik.

Wir wissen heute, daß der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg des Sozialismus nicht der einzig mögliche war. Es gab damals durchaus Alternativen. Heute besteht unsere kommunistische Aufgabe auch darin, aus der Vergangenheit zu lernen, Weg und Ziel des Sozialismus auf der Grundlage unserer marxistischen Grundposition und Weltanschauung neu zu durchdenken. Unsere sozialistisch kommunistische Zukunftsvision haben wir nicht verloren.

Für die Zukunft sind wir der Überzeugung, die Niederlage schließt neue Anläufe zum Sozialismus nicht aus. Im Gegenteil. Die Überwindung der profitorientierten kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird erzwungen und notwendig wegen ihrer Menschenfeindlichkeit und Naturzerstörung. Die Existenzbedingungen der ganzen Menschheit sind bedroht. Nur die Überwindung dieser Profit- und Ausbeutungsgesellschaft kann auf Dauer das Leben der Menschheit auf der Erde sichern.

Die Geschichtskommission wird, entsprechend dem Verlauf der Diskussion in der Partei und des eigenen Lernprozesses bis zum nächsten Parteitag die Anträge überarbeiten und dem Parteitag erneut vorlegen.

Wir bitten die Grundorganisationen und Kreise um Meinungsäußerungen, möglichst schriftlich, um Änderungsvorschläge und um Einladungen zu Diskussionen. Soweit unsere Kraft reicht, werden wir sie wahrnehmen.